

EUREKA :1. Ministerkonferenz vom 18. und 19. Juni 1991 in Den Haag

Aufgrund des Antrages des EVD vom 30. Mai 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen :

1. Der Bericht und die darin enthaltenen Instruktionen für die schweizerische Delegation werden genehmigt.
2. Die schweizerische Delegation wird geleitet von Staatssekretär F. Blankart, Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, EVD.

Der Delegation gehören weiter an :

- Dr. Hans Sieber, Direktor des Bundesamtes für Konjunkturfragen/EVD,
 - Botschafter Dr. Jakob Kellenberger, Leiter des Integrationsbureaus EDA/EVD,
 - Dr. Paul-Erich Zinsli, Sektionschef, Bundesamt für Bildung und Wissenschaft/EDI,
 - Alexander Wittwer, diplomatischer Mitarbeiter im Integrationsbureau EDA/EVD,
 - ein Vertreter der Schweizerischen Botschaft in Den Haag,
3. Die Reisekosten sowie die Tagesentschädigungen der Delegierten, die im Einvernehmen mit dem Eidg. Personalamt festzulegen sind, werden der Rubrik "Ersatz von Auslagen" ihrer Dienststelle belastet.
 4. Die für die Uebernahme des EUREKA-Vorsitzes 1994/1995 notwendigen finanziellen und personellen Mittel sind im Budget und im Finanzplan einzustellen.

Protokollauszug an:

mit Beilage

z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X	EDA	8	
X	EDI	5	
	EJPD		
	EMD		
X	EFD	7	
X	EVD	5	
X	EVED	5	
	BK		
X	EFK	2	
X	Fin.Del.	2	

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

250.11

Berne, le 30 mai 1991

Résumé

EUREKA :

9ème Conférence des Ministres les 18 et 19 juin 1991 à La Haye

La neuvième Conférence ministérielle EUREKA aura lieu les 18 et 19 juin 1991 à La Haye sous la présidence des Pays-Bas.

Le principaux points de l'ordre du jour seront les suivants : présentation des nouveaux projets EUREKA - la Suisse annoncera sa participation à environ douze de ces projets -, discussion et approbation des progrès selon le Plan à Moyen Terme et des rapports spécifiques d'avancement des travaux, relations de l'initiative EUREKA avec des pays tiers en particulier avec les pays d'Europe centrale et de l'est, discussion et recommandations portant sur des mesures d'accompagnement pour l'introduction de la télévision à haute définition (HDTV) en Europe et une première discussion au sujet du rapport d'évaluation d'EUREKA.

La Suisse confirmera sa disponibilité d'assumer la présidence EUREKA à partir de l'automne 1994 pour une année (voir Pt 2 de la proposition pour une première information au sujet des conséquences financières et de personnel).

La proposition contient des recommandations concernant la position de négociation de la Suisse et la composition de la délégation suisse.



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

250.11

Bern, den 30. Mai 1991

An den Bundesrat**EUREKA :****9. Ministerkonferenz vom 18./19. Juni 1991 in Den Haag**

Am 18. und 19. Juni 1991 findet in Den Haag das 9. Treffen auf Ministerebene im Rahmen der EUREKA-Initiative zur Stärkung der technologischen Zusammenarbeit in Europa statt. Im Vordergrund stehen die Ankündigung von etwa 100 EUREKA-Projekten, die Ueberprüfung der Fortschritte bezüglich des 1989 verabschiedeten mittelfristigen EUREKA-Arbeitsprogrammes, die Beziehungen von EUREKA zu Drittländern, insbesondere zu mittel- und osteuropäischen Staaten, die Verabschiedung von Empfehlungen für unterstützende Massnahmen zur Einführung des hochauflösenden Fernsehens (HDTV) in Europa, eine erste Diskussion über den EUREKA-Evaluationsbericht und dessen Schlussfolgerungen, die Verlängerung der Vereinbarung über das EUREKA-Sekretariat um vorläufig ein Jahr, sowie die Erörterung des Tätigkeitsberichtes des EUREKA-Sekretariates und des Programmes während des Vorsitzes Finnlands Mitte 1991-1992.

Innerhalb Europas bietet EUREKA einen einzigartigen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Forschungsinstituten. Dieser Rahmen, welcher durch die EUREKA-Grundsatzerklärung von Hannover begründet und in über fünf Jahren praktischer Erfahrung bestätigt wurde, zeichnet sich durch Marktorientierung, Teilnehmerinitiative, flexible dezentralisierte Koordination und unterstützende Massnahmen im öffentlichen Bereich aus.

1. Schweizerische Haltung zu den Schwerpunktthemen der Ministerkonferenz

a. EUREKA-Projekte

Die Initiative EUREKA verdankt (seit ihrer Aufnahme 1985) ihre Dynamik - und ihr Ansehen in der Öffentlichkeit - der grossen Anzahl Projekte, welche sie zu initiieren vermochte. Bis heute erhielten 386 Projekte den Status eines EUREKA-Projektes, davon 49 mit schweizerischen Partnern.

Aufgrund des Standes der Evaluation schweizerischer Projektbeteiligungen kann für die kommende Ministerkonferenz mit der Ankündigung von etwa zwölf EUREKA-Projekten mit schweizerischer Beteiligung gerechnet werden.

Aus Schweizer Sicht ist die sich abzeichnende Bildung thematischer Schwerpunktsgebiete durch Zusammenfassung unabhängiger Projekte zu begrüßen. Der eben erschienene Projekt-Jahresbericht analysiert diese Schwerpunkte in den Bereichen Informatik, Telekommunikation, Materialien, Laser, Verkehr und Umweltschutz und gibt damit Anstösse zu neuen Projekten. In diesen technologischen Bereichen ging es während dieses Jahres vorwiegend um vertiefte Abklärungen über eine mögliche Zusammenarbeit innerhalb bestehender EG-Programme und anderen europäischen Technologieinitiativen. Besonderes Gewicht wurde im vergangenen Jahr auf den Bereich Umwelt-Technologie, automatische Fertigung und Robotik gelegt. Die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Projektebenen wird durch die Beteiligten der Partnerländer so auch der Schweiz überwiegend als positiv und fruchtbar bezeichnet.

b. "Mittelfristiger Plan" - Zukunft EUREKA's

Unter dem laufenden niederländischen Vorsitz wurde der "Mittelfristige Plan für EUREKA" (MPE), der 1989 unter österreichischem Vorsitz ausgearbeitet und

verabschiedet worden war, weiter konsolidiert. Dieser Plan sichert die Kontinuität EUREKA's und bildet auch eine geeignete Grundlage für das Arbeitsprogramm des nächsten Vorsitzes (Finnland) und wird dadurch die Leistungsfähigkeit und Wirksamkeit EUREKA's weiter verbessern. Er umfasst den Zeitraum bis 1992.

Bereits Ende Juli 1991 wird der neue finnische Vorsitz die zukünftigen Vorsitzländer Frankreich, Norwegen und die Schweiz für die Erarbeitung einer zweiten Phase des mittelfristigen Arbeitsprogrammes einladen (siehe dazu Pt. 2, Seite 8).

Die mittelfristigen Ziele von EUREKA sind gemäss laufendem MPE :

- den Start von EUREKA-Projekten zu erleichtern
- zur erfolgreichen Durchführung von EUREKA-Projekten beizutragen und
- die Zusammenarbeit mit nationalen und anderen internationalen F+E-Programmen zu verstärken.

Die Aktionslinien zur Erreichung der Ziele des Planes umfassen drei verschiedene Gruppen bereits laufender und künftiger Tätigkeiten, nämlich : Vernetzung, F+E-Vermittlungstätigkeit und unterstützende Massnahmen (d.h. Normen und andere technische Regelungen, sowie Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten).

Die Schweiz unterstützte den MPE, welcher auch die wichtigen schweizerischen Anliegen enthält und kann seine Weiterverfolgung wie auch einen Nachfolgeplan befürworten. Die in der Schweiz zur Verfügung stehenden personellen Mittel gestatten jedoch keine sehr aktive Rolle in der Durchführung des MPE. Im Rahmen der Veranstaltungen, die jedes Vorsitzland durchführt, berief der niederländische Vorsitz anfangs März 1991 eine europaweite Konferenz über HDTV ein und organisierte am 1.-3. Mai 1991 in Budapest ein Informationsseminar über EUREKA für mittel- und osteuropäische Länder, an welchem über 650 Teilnehmer teilnahmen. Mitte Mai 1991 fand in Den Haag zudem ein zweites EUREKA-Parlamentariertreffen statt, an dem schweizerischerseits auch die Präsidenten der Kommission für Wissenschaft und Forschung des Stände- und des Nationalrates teilnahmen.

c. EUREKA-Sekretariat : Ueberprüfung der Vereinbarung (MoU) und Verabschiedung des Tätigkeitsberichtes

Da sich die Vereinbarung über das EUREKA-Sekretariat (MoU) als zweckmässiger Rahmen für die Errichtung und Tätigkeit des EUREKA-Sekretariates erwiesen hat, soll diese in ihren Grundzügen beibehalten werden. Den EUREKA-Ministern wird beantragt, die auf fünf Jahre befristete Vereinbarung um ein weiteres Jahr zu verlängern und den finnischen Vorsitz zu beauftragen, die aufgrund eines bereits vorliegenden Ueberprüfungsberichtes angezeigten Anpassungen zu erarbeiten und der Ministerkonferenz 1992 zur Genehmigung vorzulegen.

Das Sekretariat legt zudem einen Bericht über seine Tätigkeit zur Genehmigung vor. Die wichtige Rolle des EUREKA-Sekretariates als Informationsdrehscheibe und bei der Unterstützung des Netzes der nationalen Projektkoordinatoren und seine Bemühungen um die Förderung unterstützender Massnahmen, und der Herausgabe von nützlichem Informationsmaterial, rechtfertigen eine volle Unterstützung.

d. EUREKA und Drittländer

Schweizerischerseits liegt uns daran, EUREKA als flexibles, rasches und unbürokratisches Instrument der europäischen Forschungszusammenarbeit zu erhalten und zu stärken. Wie aus der Grundsatzerklärung von Hannover von 1985 hervorgeht, unterliegt EUREKA keinen von vornherein festgelegten geographischen Begrenzungen. Ziel der Initiative ist es, "durch verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungsinstituten auf dem Gebiet der Hochtechnologien die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Industrien und Volkswirtschaften Europas auf dem Weltmarkt zu steigern". Das in der Madrider Ministerkonferenz 1987 beschlossene Verfahren, welches den Kreis der Projektteilnehmer über die 19 EUREKA-Staaten ausdehnen kann und das auf den jeweiligen Einzelfall abgestellt ist, hat sich bis heute als recht flexibel erwiesen und stimmt mit der dezentralen Organisationsstruktur EUREKA's überein. Eine erste Auswahl wird unter diesem Verfahren

von den Projekt-Partnern gemäss dem "bottom-up"-Prinzip getroffen. Bisher haben alle Beteiligungen aus Drittländern wesentliche Beiträge zur Erreichung der Zielsetzungen der Projekte erbracht.

Entwicklungen seit 1990

Im vergangenen Jahr wurde aber von verschiedener Seite in Europa auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, ein neues Modell der institutionellen Zusammenarbeit zu erstellen, um den dramatischen Veränderungen in Europa, insbesondere in den Reformländern Mittel- und Osteuropas Rechnung zu tragen.

So haben die Minister in ihrer offiziellen Erklärung vom 1. Juni 1990 in Rom festgehalten :

"... begrüsst die raschen politischen und sozialen Veränderungen, die sich momentan in den osteuropäischen Ländern vollziehen, und die Einführung marktorientierter Aspekte in deren Sozial- und Wirtschaftssysteme, durch die die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit Westeuropa erleichtert wird, und kamen überein, dass EUREKA eine aktive Rolle bei der Verbesserung der Zusammenarbeit von Firmen und Forschungseinrichtungen aus Zentral- und Osteuropa übernehmen sollte; sie unterstützten deshalb nachdrücklich die Ansicht, die Flexibilität der EUREKA-Regeln auszunützen, um eine gesteigerte und frühzeitige Zusammenarbeit mit Firmen und Forschungseinrichtungen aus Zentral- und Osteuropa zu begünstigen."

Die erweiterte Beteiligung von Partnern aus Nicht-EUREKA-Ländern ist, wie die Vergangenheit zeigt, durchaus mit der Grundidee vereinbar. Die in Madrid 1987 beschlossenen Verfahren sehen Möglichkeiten vor, die EUREKA-Idee in ihrem Grundgedanken weiterzuführen und uns neuen Herausforderungen flexibel und pragmatisch anzupassen.

Das in Madrid beschlossene aktuelle Verfahren bietet aus schweizerischer Sicht bereits diese flexiblen und pragmatischen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit in einzelnen Projekten, welche EUREKA in die Lage versetzen, auch gemeinsame Projekte mit Drittländern zu fördern. Die EUREKA-Projekte können bereits heute als ein Hilfsmittel angesehen werden, mit dem "Technologie-Brücken" zwischen den EUREKA-Ländern und anderen, namentlich europäischen Staaten geschlagen werden und mit dem zugleich auch auf einige der dringendsten Forderungen der Entwicklungsländer reagiert werden kann.

Schlussfolgerung

Die Schweiz unterstützt die Beibehaltung des pragmatischen Ansatzes bei der Berücksichtigung von Partnern aus Drittländern, wobei zu berücksichtigen ist, dass ein weit gefasster Beteiligungsrahmen, der auch andere Länder umfasst, für gewisse Bereiche besonders günstig ist, so im Gebiet Umweltforschung und -technologie. Grundsätzlich soll aber der Kreis der EUREKA-Länder nicht erweitert werden.

Es sei nicht verschwiegen, dass der an der Ministerkonferenz vom Juni 1990 in Rom vorherrschende Optimismus für einen verstärkten Einbezug mittel- und osteuropäischer Unternehmen und Forschungsinstitute in die EUREKA-Zusammenarbeit heute einer gewissen Ernüchterung, zT. sogar Skepsis bezüglich Effizienz und gegenseitigem Nutzen gewichen ist. Noch sind die Unterschiede in System und Struktur zu gross und der Bedarf an reiner "Entwicklungshilfe" zu offenbar, so dass sich die vormals vehementen Vertreter einer schnellen Oeffnung, wie zB. Deutschland und Oesterreich wieder auf eine pragmatische, einzelfallbezogene Vorgehensweise zu konzentrieren scheinen.

Wir wollen deshalb EUREKA vor allem auch verstärkt in den Dienst gesamteuropäischer Annäherung stellen und die Zusammenarbeit, in voller Respektierung der bewährten EUREKA-Grundsätze, mit Unternehmen und Forschungsinstituten aus Mittel- und Osteuropa gezielt fördern.

d. HDTV (EU95) : Hochauflösendes Fernsehen in Europa

Zum Teil als Antwort auf die japanischen Herausforderungen auf dem Gebiet der Entwicklung eines neuen und fortschrittlichen Fernsehsystems (hochauflösendes Fernsehen, HDTV) hat sich die europäische Industrie in dem Projekt EU-95 organisiert, welches die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Systems für das hochauflösende Fernsehen (Ausrüstung, Produktions- und Uebertragungsnorm etc.) zum Ziele hat. Die Minister werden Empfehlungen für flankierende Massnahmen zu genehmigen haben, um die Einführung des hochauflösenden Fernsehens in Europa zu erleichtern. Massnahmen wie staatliche Vorschriften, Produktions- und

Uebertragungsnorm, Unterstützung für Demonstration und Promotion und koordinierte nationale Aktionen. Die schweizerische Delegation wird insbesondere marktwirtschaftliche Grundsätze und Ueberlegungen in die Diskussion einbringen. Bei einer Diskussion über politisch motivierte flankierende Massnahmen und Empfehlungen sollen vor allem Lösungen begrüsst werden, die nicht allzu viele staatliche Eingriffe erfordern.

Grundzüge der schweizerische Haltung an der Ministerkonferenz

Die schweizerische Delegation wird in diesem Sinne in Den Haag die Akzente wie folgt setzen :

- Bedeutung unterstreichen, die die Schweiz der bestmöglichen Nutzung der Synergieeffekte beimisst, die eine wirkungsvoll organisierte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen nationalen und europäischen Forschungs- und Technologieinitiativen verspricht
- Eine grundsätzlich positive Wertung und Grundhaltung gegenüber Anfragen aus Drittländern einnehmen unter Berücksichtigung der in den Madrider-Verfahrensregeln vorgezeichneten Ansätze
- Begrüssen, dass der EUREKA-Rahmen durch seine heute gesteigerte Attraktivität verstärkt Impulse abzugeben vermag und ein grosses Interesse in Drittländern weckt
- Das Interesse der schweizerischen Industrie, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, an EUREKA-Projekten betonen
- Uebernahme des EUREKA-Vorsitzes in den Jahren 1994/1995 bestätigen (siehe dazu nächster Pt. 2).

2. Uebernahme des EUREKA-Vorsitzes durch die Schweiz in den Jahren 1994/1995

Seit der offiziellen Bekanntgabe der Bereitschaft der Schweiz zur Uebernahme des EUREKA-Vorsitzes steht nunmehr fest, dass nacheinander Finnland, Frankreich, Norwegen und dann 1994/95 die Schweiz den Vorsitz übernehmen werden.

Die EUREKA-Initiative stützt sich darauf ab, dass das jeweilige Vorsitzland plus die designierten Nachfolgevorsitzländer mit Geschäften betraut werden, die in zeitlicher oder materieller Hinsicht Kontinuität verlangen. Für die Schweiz wird dies bedeuten, dass sie voraussichtlich ab Sommer 1991 in ein solches vorbereitendes Gremium Einsitz nehmen wird und bis Mitte 1995 die Aktivitäten beträchtlich zu erhöhen hat.

Um die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Mitarbeit nicht nur in EUREKA, sondern der gesamten europäischen Forschungszusammenarbeit zu erhalten und eine angemessene Nutzung dieser Initiativen für die Schweiz zu gewährleisten, wird die Schweiz auch im Hinblick auf die Uebernahme des Vorsitzes 1994/95 versuchen, bereits in diesem Vorbereitungsgremium ihre Beiträge für eine effiziente Weiterführung der EUREKA-Zusammenarbeit in den folgenden Jahren einzubringen.

Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die Uebernahme des EUREKA-Vorsitzes ist mit einigem finanziellem und personellem Aufwand verbunden. Nach derzeitigen groben Schätzungen und Vergleichen mit anderen Vorsitzländern sind Kosten in der Grössenordnung von insgesamt gegen 5 Mio Franken zu erwarten. Darin sind die Preisentwicklungen bis zum Jahre 1995 nicht berücksichtigt. Bezüglich personellem Aufwand lässt sich heute abschätzen, dass mindestens 3 Personaleinheiten (1 wissenschaftlicher Mitarbeiter, 2 Sekretäre/innen ab spätestens Mitte 1993 bis Ende Juli 1995) vollamtlich mit der Organisation und Durchführung der jeweiligen Anlässe und der Ministerkonferenz betraut werden müssen. Die meisten Arbeiten (Druck, Uebersetzungen, Konferenzorganisation etc.) werden aufgrund der knappen personellen Ressourcen nach aussen vergeben werden müssen. Die Arbeiten für die bereits laufende Planungs- und Vorbereitungsphase

werden gegenwärtig durch eine kleine ad hoc Arbeitsgruppe (bestehend aus Vertretern des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft, des Bundesamtes für Konjunkturfragen/KWF und des Integrationsbureau EDA/EVD) sichergestellt. Die zur Abdeckung der finanziellen Bedürfnisse benötigten Mittel (basierend auf der Schätzung Sommer 1990) sind bereits im Budget und im Finanzplan für die nächsten Jahre eingestellt worden. Die für die Uebernahme des Vorsitzes zusätzlich in den Jahren 1994 und 1995 benötigten drei Personaleinheiten sind in die Personalplanung des Bundesamtes für Aussenwirtschaft aufgenommen worden..

Dr. Erich Jossi, Sekundarschef, Bundesamt für Bildung und Wissenschaft
 Alexander Wirtz, diplomatischer Mitarbeiter im Integrationsbureau
 im Bureau der Schweizerischen Botschaft in Den Haag.
 Nach der zu verbleibenden Ausführungen besorgen wir Ihnen, dem beiliegendes
 Dokument zur Kenntnisnahme.

FEDERATIONENDESCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

[Handwritten signature]

Handwritten text at the bottom left, possibly a reference or date.

Handwritten text at the bottom, possibly a name or title.

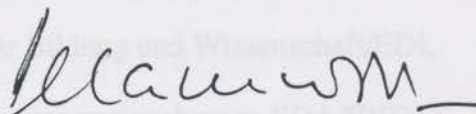
3. Delegation für die Ministerkonferenz in Den Haag

Wir schlagen Ihnen vor, die schweizerische Delegation wie folgt zusammenzusetzen :

- Staatssekretär Prof. Dr. Franz Blankart, Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft/EVD, Chef der Delegation,
- Dr. Hans Sieber, Direktor des Bundesamtes für Konjunkturfragen/EVD,
- Botschafter Dr. Jakob Kellenberger, Leiter des Integrationsbureaus EDA/EVD,
- Dr. Paul-Erich Zinsli, Sektionschef, Bundesamt für Bildung und Wissenschaft/EDI,
- Alexander Wittwer, diplomatischer Mitarbeiter im Integrationsbureau EDA/EVD,
- ein Vertreter der Schweizerischen Botschaft in Den Haag,

4. Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Beilage : der Schweizerischen Botschaft in Den Haag.

Entwurf des Beschlussesdispositivs

Zum Mitbericht an :

- EDA
- EDI
- EFD
- EVED

Protokollauszug an :

- EDA (Politische Direktion, Direktion für internationale Organisationen)
- EDI (BBW)
- EFD
- EVD (GS,BAWI,BFK,IB)
- EVED (GS/RTV-Dienst)

EUREKA :**9. Ministerkonferenz vom 18. und 19. Juni 1991 in Den Haag**

Aufgrund des Antrages des EVD vom 30. Mai 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen :

1. Der Bericht und die darin enthaltenen Instruktionen für die schweizerische Delegation werden genehmigt.
2. Die schweizerische Delegation wird geleitet von Staatssekretär F. Blankart, Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, EVD.

Der Delegation gehören weiter an :

- Dr. Hans Sieber, Direktor des Bundesamtes für Konjunkturfragen/EVD,
 - Botschafter Dr. Jakob Kellenberger, Leiter des Integrationsbureaus EDA/EVD,
 - Dr. Paul-Erich Zinsli, Sektionschef, Bundesamt für Bildung und Wissenschaft/EDI,
 - Alexander Wittwer, diplomatischer Mitarbeiter im Integrationsbureau EDA/EVD,
 - ein Vertreter der Schweizerischen Botschaft in Den Haag,
3. Die Reisekosten sowie die Tagesentschädigungen der Delegierten, die im Einvernehmen mit dem Eidg. Personalamt festzulegen sind, werden der Rubrik "Ersatz von Auslagen" ihrer Dienststelle belastet.
 4. Die für die Uebernahme des EUREKA-Vorsitzes 1994/1995 notwendigen finanziellen und personellen Mittel sind im Budget und im Finanzplan einzustellen.

Für getreuen Auszug,

der Protokollführer

Communiqué de presse9ème conférence ministérielle EUREKA

Le Conseil fédéral a chargé le Secrétaire d'Etat Franz Blankart, Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, de diriger la délégation suisse à la neuvième conférence ministérielle EUREKA qui se tiendra à La Haye les 18 et 19 juin 1991.

Lors de la conférence, environ cent nouveaux projets de coopération technologique européenne seront annoncés dont une douzaine avec participation suisse. Les nouveaux projets auxquels sont associés des partenaires suisses touchent les domaines de la télécommunication, de l'informatique, des techniques en faveur de la protection de l'environnement, de la micro-électronique et du management de projets. De plus, la conférence sera consacrée à une discussion approfondie sur l'avenir de l'initiative EUREKA qui a connu un développement particulièrement positif. Depuis 1985, 386 projets dont 49 avec participation suisse, ont été retenus, étudiés et réalisés dans le cadre d'EUREKA. Les ministres des pays membres d'EUREKA traiteront également des relations d'EUREKA avec des pays tiers et en particulier avec les pays d'Europe centrale et de l'est et auront un premier échange de vues à propos d'un rapport d'évaluation de l'organisme EUREKA.

DEPARTEMENT FEDERAL DE
L'ÉCONOMIE PUBLIQUE

Service de presse et d'information